

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit
Kurzartikel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernbard, Verantw. Red. (u. Ausg. d. Handst.): I. V. Dr. Sven v. Müller, Dir. Uav. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3605, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3606-3608. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Der Reichsrat lehnt ab

Der Ausschuss des Reichsrates hat am die Mittagsstunde die Vorlage der Reichsregierung über das Stotzopfer mit großer Mehrheit abgelehnt. Der preussische Antrag drang ebenfalls nicht durch. Für die Reichsregierung ist dadurch eine schwierige Situation ent-

standen. Sie muß entweder eine Doppelvorlage einbringen, oder dem Wunsch des Reichsrates entsprechen, neue Vorschläge zur Regelung des Defizits machen. Das Kabinett wird wahrscheinlich heute noch zusammentreten.

Die Regierung habe gesagt, daß sie gewillt sei, in dieser Frage Ernst zu machen. Das zeige die Verbindlichkeitsklärung des Demnhäuser Schiedspruches. Es müsse der Versuch gemacht werden, auf dem ganzen Gebiete der Produktion zu einer Senkung der Löhne und Preise zu gelangen. In diesem Zusammenhang könne dann aber auch nicht an dem größten Ausgabeposten, den Gehältern, vorübergegangen werden.

Es handle sich deshalb nicht um ein einfaches Stotzopfer, sondern um einen Versuch, in Wirtschaft und Verwaltung die Ausgaben zu senken und damit zu einer Senkung des Preisniveaus zu gelangen. Unter dieser Gesichtspunkt einer gemeinsamen Aktion halte er das Vorgehen der Reichsregierung für tragbar. Lehne man es ab, so bleibe nur die Möglichkeit, entweder den Etat ungedeckt zu lassen oder zu Steuern zu greifen, die produktionshemmend seien, wie es der Vorschlag etwa der Sozialdemokratischen Fraktion sei.

Kampf um Moldenhauer

Flucht der Deutschen Volkspartei

Die fast einmütige Ablehnung der Deckungsanträge, an denen Reichsfinanzminister Moldenhauer heute erneut im Reichsrat festhielt, hat bei der Deutschen Volkspartei den Wunsch hervorgerufen, um jeden Preis von ihrem Vertreter im Reichsfinanzministerium abzurufen.

Am Kampf für die höchsten Wahlen, die am kommenden Sonntag stattfinden, spielen die Fragen der Reichsfinanzreform eine entscheidende Rolle. Uebrigens ein Punkt mehr bei, was notwendig eine Reichsreform ist. Die die politische Verantwortung auf das Reich konzentriert und für die Selbstverwaltungsorgane nur Selbstverwaltungsangelegenheiten übrigläßt.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat am 2 Uhr zusammen, nachdem ihr Führer Scholz sich mit Moldenhauer auseinandergesetzt hatte. Selbst wenn die Deutsche Volkspartei ihren Wunsch, sich durch den Rücktritt Moldenhauers zu entlasten, in noch verlässlicherer Weise zum Ausdruck bringen sollte, ist damit noch nicht entschieden, ob ein solcher Druck zum Ziel führen wird.

Denn die Regierung hand hier auf dem an sich begründeten Standpunkt, daß ihre Mitglieder nicht von Freiwahlentscheidungen abhängig seien, daß vielmehr die Gesamtregierung die Verantwortung tragen müsse. Der Rücktritt Moldenhauers wäre schwer in Einklang zu bringen mit der ausdrücklichen Solidariäts-erklärung, die das Kabinett im Hinblick auf die Finanzverordnungen vor der Öffentlichkeit abgegeben hatte.

Am Reichstag wurde deshalb die Antifindigung, daß Moldenhauer ausbleiben werde, öffentlich aufgenommen, wenn auch unbestreitbar der Kampf um die Deckungsanträge sich immer härter zuspitzt.

*

Der Reichsanwalt hat für heute nachmittag die Führer der in der Regierung vertretenen Parteien zu sich gebeten. Aber der Inhalt dieser Aussprache soll bekannt bleiben auf den Zeitpunkt der Auflösung des ebenfalls gewordenen Reichsministeriums für die besetzten Gebiete. Aufeinander will man den Ministerposten von Zeitweilen noch bis zum Frühsommer aufrecht erhalten.

Moldenhauers Erklärung

Ueber die Erklärung, mit der heute Reichsfinanzminister Moldenhauer im Reichstagsausschuß auftrat, wurde folgende amtliche Mitteilung verbreitet:

Der Minister führte aus, eine Erhöhung der indirekten Steuern oder eine Restrukturierung solcher sei, wenn überhaupt, nur im bescheidenen Rahmen möglich, weil von einem solchen Vorgehen eher Widerertragnisse als Wucherertragnisse zu erwarten seien. Eine Neubelastung der Wirtschaft durch unmittelbare Hebefressende neue Steuern sei unmöglich. So sei der Gedanke entstanden, die Selbstbedeute zu einer Reichshilfe heranzuziehen, nachdem man den Etat, trotz es noch möglich war, gefüllt habe.

Dieser Gedanke sei für ihn nur tragbar gewesen, weil die Reichshilfe nur ein Teil eines großen Programms sei, dessen Inhalt die Überwindung der schweren Depression bilde, unter der die deutsche Wirtschaft leide. Dieses Gesamtprogramm müsse daraus hinauslaufen, auf dem ganzen Linie zu einer sparsameren Wirtschaft zu gelangen. Daher die Vorschläge zur Verringerung des Beamtenapparates und der Reform der Verwaltung, die im engen Zusammenhang mit den Vorschlägen zur Reichsreform gesehen werden sollen, daher die Vorschläge zur Reform der Reichsrenten- und Krankensicherung, die nur die erste Etappe

auf dem Wege einer Gesamtreform der Sozialversicherung sein könne. Daher auch die Notwendigkeit, das Lohnproblem als solches anzugehen.

Konflikt auf der Weltkraft-Konferenz

Botschafter Sadett gegen die Preispolitik der Kraftwerke

Chicagos Electromagnaten protestieren

Wenn der amerikanische Botschafter vor der versammelten Weltkraft-Konferenz heute nachmittag in seiner Rede an die Stelle kommen wird, wo er mit einer Beruflichkeit, die nicht zu widerlegen übrig läßt, der Kraftindustrie seines Landes ihre unangenehme Preispolitik vorwerft, werden die Zuhörer schon wissen, daß sich um diesen Teil der Rede ein kurzer, aber erbitterter Kampf zwischen dem mächtigsten Mann der amerikanischen Kraftindustrie, Samuel J. Ansell, und dem politischen Vertreter ihres Landes abspielt hat, in dem der Botschafter, unterstützt von anderen amerikanischen Delegierten, schließlich Sieger blieb.

Die Stelle in der Rede lautet:

„Ich fenne keine Industrie, bei der die Verkaufspreise des Produkts an die große Waffe der Konsumenten des Produkts der Produktionskosten ausmachen. Es ist meine Aufgabe, auf diese Schwäche sofort hinzuweisen, die Ihre größte Aufmerksamkeit erfordert. Bis die Kraftwirtschaft in eine Linie mit anderen Industrien bezüglich des Verhältnisses der Produktionskosten zu den Verkaufspreisen gestellt ist, finde ich die These wenig richtig, daß die großen Kraftindustrien schon annähernd vollkommen arbeiten.“

Von diesem Satzung erhielt Samuel Ansell Irgendwie Kenntnis, und daß dem mächtigsten Unternehmer in der Electromagnaten-Amerika, dem Vorkämpfer der Chicagoer Edison Co. und der ganzen Chicagoer Vertriebsgesellschaften und damit der gesamten Industrie des von seinen Kraftgesellschaften getragenen Gebietes, diese scharfe Kritik nicht gefiel, kann kaum Wunder nehmen.

Ansell, der von Geburt Engländer ist, 1881, mit 31 Jahren, nach America kam und vom Getreide Edisons zu seiner jetzigen Geschäftsführung aufstieg, ist erst 1917, nach dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg, als Vorkämpfer amerikanischer Staatsbürger geworden. Seine Einmischung in die amerikanische Politik schon vorher und gerade in den kritischen ersten Jahren des Weltkrieges, hat ihm in Chicago schwere Angriffe eingetragen. Aber dem wirtschaftlich Allmächtigen genügt sich immer wieder die Politik.

Zu den amerikanischen Delegierten die der Weltkraftkonferenz gehört er nicht. Er nimmt nur teil. Aber er ist ein aufmerksamer Zuhörer. Am Montag erbat er eine Unterredung mit dem Botschafter, und fast wäre es ihm in mehrfacher, eindrucksvoller Ausdrucksform gelungen, Sadett zur Zurückziehung dieses Leits seiner Rede zu bewegen. Der Botschafter ist folgendermaßen über das von Brande, Er war jahrelang Präsident der Gesellschaft, die das Industriegebiet um die Stadt Sautville in Kentucky mit Gas und elektrischem Strom versorgt. Er muß es also wissen. Zum Glück hat Ansell jedoch eher einige der übrigen amerikanischen Delegierten, die sich und ihre Unternehmungen

von dem Preisbitt der Deberfischer des mächtigen Krafttruits des Mittelwestens unabhängig halten möchten, von diesem Schritt Inzulaß und erwidert, daß Sadett bei seiner ursprünglichen Fassung der Rede dabei.

Ueber die Verhandlungen der Weltkraftkonferenz berichten wir an anderer Stelle dieses Blattes.

Das parlamentarische Polen

Warschau, 18. Juni / Ullstein-Nachrichtendienst

Deute 1/4 Uhr nachts erschien ein Beamter des Ministerpräsidiums beim Senatsmarschall Symonin und überreichte ihm eine Verfügung des in Warschau weilenden Staatspräsidenten, wonach die Senatssitzung, die am heutigen Tage hätte beginnen sollen, wieder um einen Monat verzögert wird.

Diese Verfügung der Regierung des Obersten-Gesetz kommt überraschend. Man hätte erwartet, daß die Regierung den Senat wenigstens in Warschau werden würde, einige innen- und außenpolitisch wichtige Besuche zu erledigen, bis das Gesetz über die kleinen Zinspächter, endlich mehrere zwischenstaatliche Abkommen, darunter das deutsch-polnische Aufwertungsabkommen. Der innenpolitische Streit legt so das ganze innenpolitische Leben Polens lahm. Der polnische Staat scheint so langsam aus der Reihe seiner Staaten, mit denen man internationalen Verträge schließen kann die denn einer Zustimmung der Volksvertretung bedürfen. Der letzte Versuch ist der französisch-polnische Handelsvertrag, der wegen des innenpolitischen Streits schon seit vielen Monaten nicht ratifiziert werden kann.

Kein Deutsch im schlesischen Sejm

Breslau, 18. Juni / Ullstein-Nachrichtendienst

Die trotz allen politischen Differenzen durchaus schlagfertige Front der polnischen Parteien gegen die deutsche Minderheit trat in der gestrigen Sitzung des schlesischen Sejm in Erscheinung, als über einen Antrag der deutschen Fraktion abgelehnt wurde, die deutsche Sprache wenigstens in den Kommissionenberatungen des schlesischen Sejms zuzulassen. Der Antrag wurde nicht begründet, daß die deutschen Abgeordneten der polnischen Sprache zwar mächtig seien, aber in schwierigen Spezialdebatten doch hart um Hinterfragen können.

Der Antrag wurde mit 22 Stimmen der Regierungsgruppe, der nationalen Arbeiterpartei und des konservativen Blocks gegen die Antragsteller, die Sozialisten und die Kommunisten, abgelehnt.

Bis zum Jahre 1924 war die deutsche Sprache im schlesischen Sejm wie überhaupt im gesamten Amtsbereich der Weimarer Republik Schlesien auf Grund des noch vor der Volksabstimmung erlassenen Autonomiegesetzes für Oberschlesien zugelassen. Damals wurde auf Antrag Korfantins die allgemeine polnische Sprachordnung vorzeitig auch für Oberschlesien in Kraft gesetzt.